



Bundestags- brief

Nr. 16 • Die Woche im Bundestag • 27.04.2007



**Prof. Monika
Grütters, MdB**

· Platz der Republik 1 ·
11011 Berlin

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@
bundestag.de

www.monika-gruetters.de

Übergewicht, Mangel- und Fehlernährung bekämpfen Ganzheitlicher Lösungsansatz im Kampf gegen Fehlernährung erforderlich

Die in der Studie der International Association for the Study of Obesity zur deutschen Übergewichtsproblematik veröffentlichten Zahlen sind alarmierend und zeigen erneut den Handlungsbedarf auf: 75,4 Prozent der deutschen Männer und 58,9 Prozent der deutschen Frauen sind übergewichtig. Der europäische Spitzenplatz ist das Ergebnis einer langjährigen Entwicklung, die es zu stoppen gilt. Gründe für diese Entwicklung gibt es viele: Fehlernährung und Bewegungsmangel sind zwei wichtige Auslöser für Übergewicht, aber auch Veranlagung sowie soziales Umfeld spielen eine entscheidende Rolle. Übergewicht hat sich zu einem gesamtgesellschaftlichen Problem entwickelt, das nur in enger und koordinierter Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft, Krankenkassen, Sportvereinen, Schulen und Elternverbände zu lösen ist.

Fehlernährung impliziert aber nicht nur den Aspekt Übergewicht. Viel zu lange lag der Fokus nur auf der Problematik übergewichtiger Kinder und Erwachsenen. Die Union fordert daher einen ganzheitlichen Lösungsansatz im Kampf gegen Fehlernährung, der sowohl Über-, und Untergewicht als auch Mangelernährung berücksichtigt. Die Union hat deshalb schon vor einigen Wochen im Rahmen ihrer Informationsveranstaltung "Besser Essen - Heranwachsende vor Fehlernährung schützen" neben dem Thema Übergewicht auf Mangel- und Unterernährung hingewiesen.

Nur ein umfassender Ansatz auf der Basis substanzieller Daten beispielsweise aus der Nationalen Verzehrstudie kann im Kampf gegen Fehlernährung positive Resultate schaffen. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordert deshalb einen bewussten Umgang mit Ernährung und Lebensmitteln, der

schon in der Erziehung, in Kindergärten und Schulen anfangen muss. Hier gilt es verstärkt anzusetzen. Mit der Bereitstellung von Materialien zur Ernährungsaufklärung für Schulen und Ärzte, der Förderung von Ernährungsberatungen durch Kinderärzte, der Unterstützung der Ernährungsforschung und wissenschaftlicher Präventionsprogramme sowie deren Evaluation muss verstärkt eine vernetzte Ernährungserziehung betrieben werden. Ebenso muss der Ausbau der Plattform für Ernährung und Bewegung zu einer Koordinierungsstelle, die die einzelnen bisher bestehenden Projekte mit einander vernetzen soll, vorangetrieben werden. Auch die Vereinfachung und Verschlinkung des Kennzeichnungsrechts und die Unterstützung freiwilliger Informationen der Unternehmen ist ein Ansatz, wie wir in Zukunft verstärkt den sinnvollen Umgang mit Lebensmitteln vorantreiben, um den Spitzenplatz in Europa langfristig wieder abgeben zu können.

Lust am Lesen ist ungebrochen

Am 23. April, dem Todestag von Shakespeare und Cervantes, fand der jährliche UNESCO-Welttag des Buches statt. Weltweit wurden Lesungen, Bücherpartys, Märchenstunden und andere Aktionen rund um das Buch veranstaltet. Schauplätze waren 1500 Buchhandlungen sowie Verlage, Schulen und Bibliotheken.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion steht hinter der Idee des Welttages des Buches, denn dieser unterstreicht die Bedeutung von kultureller Bildung und Lesekompetenz. Die Verbesserung der kulturellen Kompetenz ist für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes von größter Bedeutung. Der Stellenwert von

kultureller Bildung für die Bildungsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen ist längst unumstritten. Lesefähigkeit ist auch für den Umgang mit dem Internet die zentrale Voraussetzung.

Die Lust am Lesen ist ungebrochen: 37 Prozent der Bevölkerung nutzen mehrmals in der Woche Bücher. Bücher lesen ist die siebtbeliebteste Freizeitbeschäftigung. Im März 2007 verzeichnete der Buchhandel ein Umsatzplus von 3,5 Prozent. Kinder- und Jugendbücher hatten 2006 einen Umsatzanteil von rund 13 Prozent.

All denjenigen, die sich für diesen weltweiten Feiertag für das Buch engagiert und ehrenamtlich Kindern vorgelesen haben, gebührt unser Dank und unsere Anerkennung.

Aufschwung: Zahlenrausch darf nicht zu Kurzschlusshandlungen führen

Die führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute stellen in einer Gemeinschaftsdiagnose fest: Der Aufschwung hat sich gefestigt und behält in diesem und im nächsten Jahr ein beträchtliches Tempo. Jetzt erweist sich, dass 2006 nicht das vielfach prognostizierte „Ausnahmejahr“ war.

Bei der erwarteten Entwicklung am Arbeitsmarkt sticht der kräftige Anstieg der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten positiv hervor. Die durchschnittliche Zunahme in diesem Jahr um nahezu eine halbe Million gegenüber 2006 sowie der fortgesetzte Aufbau in 2008 signalisieren eine nachhaltige Wende.

Ebenso würde ich es begrüßen, wenn der prognostizierte Ausgleich des gesamtstaatlichen Haushalts bereits in 2008 tatsächlich eintreten würde. Das wäre eine positive Überraschung. Die Institute betonen, dass dann aber weiterhin ein strukturelles Defizit von ½ bis 1 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt vorliegt. Der Bundeshaushalt verlangt nach wie vor nach nachhaltiger Konsolidierung. Auch deshalb darf die Große Koalition nicht davon abgehen, den Haushaltsplanungen weiterhin vorsichtige Schätzungen zugrunde zu legen.

Die Institute mögen mit ihrer Prognose zu einem Zahlenrausch beitragen, der in den nächsten Wochen aufgrund weiterer Früh-

jahrsprognosen heranwächst. Das darf die Große Koalition nicht vom eingeschlagenen Kurs abbringen. Die Institute halten zu Recht fest, dass in guten Zeiten Haushaltsüberschüsse für schlechtere Zeiten erzielt werden müssen. Von dieser Grundregel sind wir selbst im aktuellen Gutachten weit entfernt. Die finanzpolitischen Empfehlungen der Institute sind insofern wichtiger als die Prognosewert

Unternehmenssteuerreform kommt

Wir wollen am 25. Mai die Unternehmenssteuerreform verabschieden. Sie wird insgesamt die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Deutschland steigern und die Grundlage für unternehmerisches Handeln verbessern. Geklärt werden müssen noch für den Mittelstand wichtige Punkte wie die Modifikation der Zinsschranke, die Verbesserung des Investitionsabzugsbetrags sowie die Regelung zu den geringwertigen Wirtschaftsgütern. Auch die Erbschaftssteuer wird bleiben. Die Länder können nicht auf die daraus resultierenden Einnahmen verzichten. Bei der Reform der Erbschaftssteuer werden wir eine Lösung finden, die den Maßgaben des Bundesverfassungsgerichts entspricht.

Integration fordern und fördern

Um die Arbeit am Nationalen Integrationsplan, zu dem unsere Fraktion den Anstoß gegeben hat, weiter zu begleiten, hat eine Ad-hoc Arbeitsgruppe Integration ein Positionspapier erstellt.

Das Papier „Identität und Weltoffenheit sichern – Integration fordern und fördern“, das wir verabschieden wollen, hebt hervor, dass Integration vor allem auch eine Verpflichtung und Aufgabe der Zuwanderer ist, die dauerhaft in Deutschland leben wollen. Außerdem werden einzelne Integrationsmaßnahmen aufgezeigt, deren Umsetzung für eine erfolgreiche Integration unverzichtbar ist. Der nationale Integrationsplan muss hierfür konkrete Zielgrößen, klare Zeitperspektiven und Verantwortlichkeiten festlegen. Das Fordern und Fördern von Deutschkenntnissen steht dabei an erster Stelle.